



Grunderwerbsteuer | 29.10.2019 | Nr. 378/19

Ole-Christopher Plambeck: Schnelle Einigung in Berlin gefordert

Zur geplanten Verschiebung der Reform zur Schließung der Steuerschlupflöcher bei der Grunderwerbsteuer durch die Bundesregierung erklärt der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Ole-Christopher Plambeck:

"Es ist sehr bedauerlich, dass die Reform der Grunderwerbsteuer zur Schließung von sogenannten Steuerschlupflöchern verschoben worden ist. Für uns ist es wichtig, dass die Steuernehreinnahmen, die durch die Veränderung der Anwendung von Share Deals erzielt werden, zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger verwendet wird. Wir haben in der Jamaika-Koalition vereinbart, dass natürliche Personen beim Ersterwerb einer Wohnimmobilie entlastet werden. Diese Vereinbarung haben wir mit einer Reform des Grunderwerbsteuergesetzes verknüpft.

Wir fordern eine schnelle Einigung in Berlin. Es liegen gute Vorschläge aus Schleswig-Holstein vor, die es umzusetzen gilt."